

Zeitschrift: Mittex : die Fachzeitschrift für textile Garn- und Flächenherstellung im deutschsprachigen Europa

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung von Textilfachleuten

Band: 94 (1987)

Heft: 7

Rubrik: Volkswirtschaft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

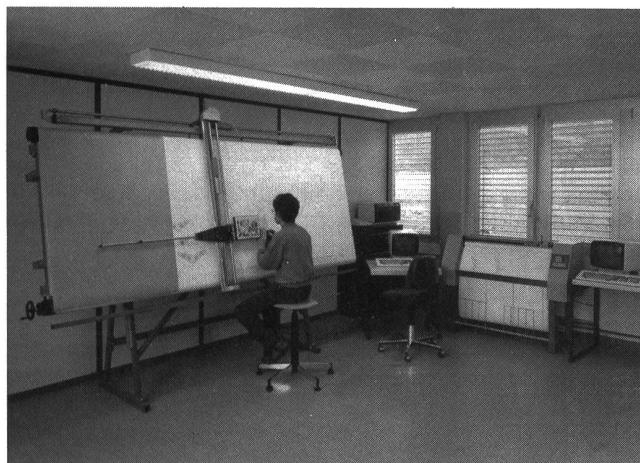
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

d.h. der modernsten Typen, die auf dem Markt erhältlich sind. Alle vier Einheiten sind mit Saurer-Datamat-Steuerungen versehen; sie sind on-line mit dem elektronischen Datenzentrum verbunden, so dass sie ohne den traditionellen Lochstreifen betrieben werden. Allerdings müssen bei der Interspitzen AG zusätzlich Lochstreifen hergestellt werden, da das Unternehmen in überwiegendem Ausmass auswärts bei Lohnstickern fabrizieren lässt, die ihrerseits noch nicht über die neue Technologie verfügen.

Zwei der vier Saurer 1040 sind zudem mit der neuen mikroprozessorgesteuerten Pentamat-Stickstellenschaltung versehen, die eine freie Programmierung der einzelnen Nadeln, es sind 1000 je Maschine, erlaubt. Jacques Rüdisühli von der AG Adolph Saurer unterstrich bei der Präsentation des jungen Unternehmens, dass in keinem anderen Stickereibetrieb heute so rationell und mit modernsten Produktionsmitteln Stickereien hergestellt würden wie in Oberbüren. Einmalig auf der Welt sei gegenwärtig, dass unter *einem Dach* computerunterstützte Herstellung technischer Stickereizeichnungen, eine Computer-Punchanlage, eine elektronische Verwaltung der Stickmuster-Datenträger mit direktem Zugriff auf die Stickmaschinen sowie die erwähnten vier 15-yards-Saurer-1040 zu finden seien.



Elektronische Punchanlage Saurer Punch III, System Secmos. Auf dieser Anlage werden die technischen Stickereizeichnungen in Programme für die Steuerung der Stickmaschinen umgesetzt.

Beachtliche Grössenordnung

Gegenwärtig beschäftigt die Inter-Spitzen AG, einschliesslich der mit ihr verbundenen Stickerei Holenstein AG (Erich Nagel ist in beiden Gesellschaften Verwaltungsrat), 30 Personen und 12 freie Mitarbeiter. Dazu kommen 150 Heimarbeiterinnen. Ferner werden noch 12 Lohnstickbetriebe mit rund 35 Personen beschäftigt. Die Inter-Spitzen AG hat sich bisher auf Allovers bzw. Wäschebebesatzartikel konzentriert und in diesem Stickerei-Marktsegment innert kürzester Frist eine beachtliche Position geschaffen. Hauptexportmarkt ist gegenwärtig die Bundesrepublik Deutschland; weitere Absatzmärkte sind im Aufbau. Selbstverständlich wird auch der Binnenmarkt beliefert, der jedoch traditionell nur etwa 5 Prozent der gesamten schweizerischen Stickereiproduktion direkt absorbiert. Im Übrigen stützt sich das Unternehmen in Deutschland auf eine Reihe mittelgrosser Abnehmer und nicht etwa auf die beiden bekannten grossen Wäschehersteller mit Sitz im nördlichen Nachbarland.

Die Positionierung der Inter-Spitzen AG unter den schweizerischen Stickeresexportoren lässt sich etwa dadurch skizzieren, dass etwas weniger als zehn Prozent der gesamten Exporteur-Kapazität, die unter die Kategorie Saurer 1040 fällt, in Oberbüren installiert ist. Ende 1986 standen nämlich total 43 Hochleistungsmaschinen bei Exporteur-Firmen und 65 bei den Stickereifabrikanten (Lohnsticker). Etwa ein Drittel der von der Inter-Spitzen AG verkauften Stickereien werden im hauseigenen Werk hergestellt, zwei Drittel auswärts bei Lohnstickern. An diesem Verhältnis soll sich, wie Erich Nagel unterstreicht, auch künftig nichts ändern. Zur Ertragslage des Unternehmens war zu erfahren, dass man bisher schwarze Zahlen geschrieben habe. Nicht Expansion um jeden Preis, sondern gesunde Unternehmensstrukturen seien Ziel.

P. Schindl

Volkswirtschaft

Gegenläufige Konjunkturtendenzen

Wirtschaftslagebericht des Vororts

Die konjunkturelle Lage der Schweiz steht nach den Beobachtungen des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins derzeit im Zeichen gegenläufiger Tendenzen. Während die dämpfenden Einflüsse von der Aussenwirtschaftsseite an Gewicht gewonnen haben, hält die Dynamik der inländischen Nachfrage fast ungebrochen an. Indikativ für das insgesamt noch gute Konjunkturklima ist der weitgehend ausgetrocknete Arbeitsmarkt für Fachkräfte. Allerdings weisen die weltwirtschaftlichen Schlüsseldaten deutlicher als zu Jahresbeginn auf einen flacheren Trend der Weltkonjunktur hin.

Die immer noch lebhafte inländische Konsumaktivität zeigt sich vor allem in der Preisentwicklung, erhöhte sich doch der Landesindex der Konsumentenpreise im Jahresvergleich von 0,7% im Januar auf 1,2% im April. Da die Jahresteuerung bei den Inlandwaren im April 2,4% betrug, wird deutlich, wie sehr aussenwirtschaftliche Faktoren den ruhigen Preisverlauf immer noch bestimmen. Die Geldpolitik hat deshalb darauf zu achten, dass beim Wegfall der importierten Kostenentlastungen keine neuen inflationären Tendenzen entstehen.

Das *Auslandsgeschäft* ist, wie der Vorort in seiner Konjunkturanalyse hervorhebt, für die Exportwirtschaft schwieriger geworden. Nicht nur waren die wertmässigen Ausfuhren in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode

rückläufig, sondern auch der Bestellungseingang aus dem Ausland zeigt deutlichere Schwächeanzeichen. In diese Richtung wirken die konjunkturelle Abkühlung in wichtigen Absatzländern, die Höherbewertung des Frankens, insbesondere gegenüber dem Dollar, die Zahlungsbilanzprobleme bzw. die Devisenknappeit mancher Opec-Staaten und Schwellenländer. Mit dieser Konstellation sind Unternehmungen in fast allen wichtigen Exportbranchen konfrontiert. Manchenorts konnten Aufträge deshalb nur noch mit erheblichen Preisnachlässen hereingenommen werden. Dies ist zwar schmerlich, aber dem Rückzug aus neu gewonnenen Exportmärkten vielfach vorzuziehen. Wenn sich die Ausfuhr von Investitionsgütern im internationalen Vergleich bisher gleichwohl noch recht gut behauptet hat, so liegt dies vor allem an der verbesserten qualitativen und technologischen Wettbewerbsposition der schweizerischen Anbieter.

Die Hotellerie verspürte die Höherbewertung des Frankens ebenfalls, waren doch an der im Winterquartal registrierten Abnahme der Logiernächte von Ausländern die amerikanischen Gäste übermäßig stark beteiligt. Dieser Ausfall konnte auch durch einen etwas stärkeren Binnentourismus nicht ausgeglichen werden. Allgemein erwartet die Hotellerie in den kommenden Monaten eine leicht schwächere Nachfrage. Der übrige Dienstleistungsbereich erfreut sich, gemessen an der günstigen Beschäftigungsentwicklung, eines guten Geschäftsklimas.

Positive Signale gehen weiterhin von der *Binnenkonjunktur* aus. Die Konsumentenstimmung ist nach wie vor günstig. Dies drückt sich in den hohen Detailhandelsumsätzen, aber auch in den stark gestiegenen Konsumgüterimporten aus, die zu einer verstärkten Konkurrenz auf den Inlandmärkten geführt haben. Darin zeigt sich die Intensität des aussenwirtschaftlichen Anpassungsprozesses auf der Einfuhrseite. Trotz erschwerter Wettbewerbsverhältnisse hielt die lebhafte Investitionsaktivität bislang an. Allerdings dürfte in Anbetracht der veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bei der Realisierung von Investitionsplänen zurückhaltender disponiert werden, so dass sich das Wachstumstempo der Ausrüstungsinvestitionen normalisieren wird. Im Baugewerbe setzt sich die im zweiten Semester 1986 festgestellte positive Entwicklung fort. Zu dem unvermindert auf hohen Touren laufenden gewerblich-industriellen Bau sind in letzter Zeit auch positive Nachfrageimpulse aus den übrigen Sparten hinzugekommen.

Was die *wirtschaftlichen Aussichten* anbetrifft, so sieht der Vorort viele Anzeichen, die darauf hindeuten, dass das schweizerische Konjunkturbild gespalten bleiben wird. Einer noch guten Konsumentenwicklung steht eine nachlassende Industriekonjunktur gegenüber. Allgemein ist deshalb mit einer Verlangsamung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums zu rechnen. Sorgen bereitet den exportorientierten Unternehmungen die sich abzeichnende protektionistische Ausgestaltung des neuen amerikanischen Handelsgesetzes. Dadurch könnten Welthandel und Wachstum zusätzlich belastet werden. Angesichts der Labilität der Weltkonjunktur ist es wichtig, dass die durch die Investitionsanstrengungen der letzten Jahre gestärkte Verfassung der Unternehmungen auch unter schwierigen Bedingungen erhalten bleibt. Unerlässlich dafür ist die Tiefhaltung der inländischen Kosten.

Industrieproduktion als guter Konjunkturindikator

Der Index der industriellen Produktion erweist sich auch in den 80er Jahren als guter Indikator des Konjunkturverlaufes. Nach einem Tiefpunkt von 151 Punkten im Jahre 1983 (Basis 1963 = 100) erreichte der Index für die Industrieproduktion insgesamt im vergangenen Jahr nach einer kontinuierlichen Zunahme wieder 171 Punkte. Den höchsten absoluten Indexstand erreichte die Chemie mit 310 Punkten, den geringsten die Branche Uhren/Bijouterie mit nur 94 Punkten.

Der Gesamtindex stieg seit dem Jahre 1983 um insgesamt 13,2% an. Hinter diesem Wert verborgen sich aufgeteilt nach Branchen allerdings erhebliche Differenzen. Die höchste Zunahme erreichte die Uhrenindustrie mit + 38,2%. Sie hat den Tiefstand des Jahres 1983 mit lediglich noch 68 Indexpunkten offenbar definitiv überwunden können. Hinter der Uhrenindustrie folgten mit grossem Abstand die Leder- und Kunststoffindustrie mit einer Zunahme von 16,9% sowie die Metallindustrie mit 15,1%. Von den 13 erfassten Branchen hatten im betrachteten Zeitraum nur gerade deren zwei eine rückläufige Produktion zu verzeichnen. Einen geringfügigen Rückgang von 0,9% verzeichnete die Branche Bekleidung, Wäsche. Stärker zurück ging die Produktion schliesslich in der Branche Steine und Erden mit -5,6%.

Zusammenarbeit EFTA – EG: Keine Illusionen

In Interlaken ging die Frühjahrs-Ministerkonferenz der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) zu Ende. Die wichtigsten Themen waren die verstärkte Koordination innerhalb der EFTA sowie die Zusammenarbeit der EFTA mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) bei der Errichtung des vorgesehenen einheitlichen Binnenmarktes. Diese Zielsetzung gewinnt angesichts des beschleunigten Integrationsprozesses innerhalb der EG zunehmend an Bedeutung. Sofern sich nämlich die EFTA-Staaten nicht zu einer erhöhten Zusammenarbeit durchringen können, wird sich der Abstand zwischen den beiden Wirtschaftszonen immer weiter vergrössern. Erreichen die EG-Staaten ihr Ziel eines einheitlichen Binnenmarktes, so wird den EFTA-Staaten ein geschlossener und nur noch schwer veränderbarer Markt riesigen Ausmasses (schon jetzt ist die EG die grösste Wirtschaftsmacht der Welt) gegenüberstehen, der wohl kaum auf die Sonderwünsche kleiner Drittstaaten Rücksicht zu nehmen braucht.

Bislang konnten die EFTA-Verträge mit der EG eine Isolierung der EFTA-Länder weitgehend verhindern. Die zu erwartende Integrationsdynamik des Binnenmarktkonzeptes wird dies aber in Zukunft wahrscheinlich erschweren. Es erstaunt daher nicht, dass einzelne EFTA-Mitglieder, wie beispielsweise Österreich, zurzeit einen Beitritt zur EG ernsthaft erwägen. Sollten aber weitere Länder aus der EFTA ausscheiden, so würde sich die oh-

nehin eher schwache Verhandlungsposition der Organisation auch bei geschlossenem Auftreten noch weiter abschwächen.

Geringe Mitsprachemöglichkeiten

Dass die Einflussmöglichkeiten der EFTA auf den EG-Integrationsprozess schon jetzt relativ gering sind, zeigt das Beispiel des in Interlaken von den EFTA-Ministern und EG-Kommissar de Clercq unterzeichneten Abkommens über ein einheitliches Verzollungsdokument und über ein gemeinsames Transitverfahren. Beim einheitlichen Zolldokument, das für die EG nur eine Zwischenstufe bis zur Abschaffung aller Verwaltungsdokumente im EG-Warenverkehr darstellt, wurden Kontakte mit der EFTA erst gegen Ende der EG-internen Ausmarchung aufgenommen. Zudem ist die «Erleichterung» der Grenzformalitäten für unser Land zunächst mit einer Erschwerung verbunden: Zur Bewältigung des geschätzten zusätzlichen Arbeitsvolumens bei der Zollverwaltung macht der Bundesrat einen Mehrbedarf von 86 befristeten Stellen geltend. Es zeigt sich, dass auch wenn in manchen Fällen ein abgestimmtes Verhalten der EFTA-Länder gegenüber der EG angebracht sein mag, die Möglichkeiten eines solchen Vorgehens nicht überschätzt werden sollten. Ein volles Mitspracherecht in den Entscheidungsorganen der EG wird einem Land nur als Vollmitglied gewährt.

Ein attraktiver Partner bleiben

Ein schweizerischer EG-Beitritt wird allerdings in absehbarer Zeit nicht in Frage kommen. Zu gross wären die Konzessionen, welche in bezug auf unsere demokratischen Spielregeln und den Föderalismus gemacht werden müssten. Hierzu kommen noch wichtige materielle Mitgliedschaftshindernisse wie etwa die Agrarpolitik oder die Fremdarbeiterpolitik. Da unsere Beziehungen zur EG aber wesentlich enger sind als diejenigen anderer EFTA-Staaten (die Schweiz bezog 1986 knapp drei Viertel ihrer Einfuhren aus der EG, während mehr als die Hälfte ihrer Exporte in den EG-Raum flossen), hat unser Land einen etwas grösseren Spielraum für direkte Verhandlungen mit der EG, den es auch auszuschöpfen gilt. Da die Schweiz dabei aber nur so lange Gewicht hat, als sie ein bedeutender Wirtschaftspartner ist, müssen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft möglichst optimal gestaltet wird. Unter den gegebenen Umständen scheint es daher angebracht, den bisherigen Weg der Erhaltung der «Beitrittsfähigkeit» durch frühzeitige Informationen und Konsultation mit der EG weiterhin zu verfolgen.

Steigendes Inflationsbarometer

Seit einiger Zeit deuten verschiedene Indizien auf sich wieder verstärkende inflationäre Tendenzen hin. Im April 1987 betrug hierzulande die Teuerung im Vorjahresvergleich 1,2%, im März und Februar noch 1,0% und im Januar lediglich 0,7%. Im Jahresdurchschnitt 1986 belief sie sich auf 0,8%, während im Dezember 1986 die Verbraucherpreise gegenüber dem entsprechenden

Vorjahresmonat sogar konstant blieben. Trotz einer gewissen Beschleunigung der Teuerung sind die Teuerungsrate nach wie vor verhältnismässig tief. Dies ist vor allem das Resultat stark gesunkener Importpreise insbesondere für Erdöl. Der Teuerungssockel bei den Importwaren verharrte im April 1987 bei hartnäckiger 2,4%, während die Preise der Importwaren insgesamt um 2,0% unter dem Vorjahresstand lagen. Dass der Teuerungsanstieg angesichts der guten Konjunkturlage relativ begrenzt ausfiel, ist unter anderem auch durch die Frankenaufwertung verschärften Importkonkurrenz und nicht zuletzt der Preisstabilität anvisierenden Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank zu verdanken.

Nachlassende geldpolitische Disziplin

Im Ausland sind die geldpolitischen Zügel dagegen manchorts gelockert worden. So hat etwa in den USA die Zentralbank vor dem Hintergrund einer noch immer labilen Konjunkturlage in der Geldpolitik eine eher expansive Richtung eingeschlagen. Einen Nachfrageeinbruch will man ferner mit Rücksicht auf die hochverschuldeten lateinamerikanischen Länder und damit indirekt auch auf die dort stark engagierten amerikanischen Banken vermeiden. Auch in Westeuropa sowie in Japan stehen die geldpolitischen Zeichen als Reaktion auf die amerikanische Geldpolitik und den Dollarrückgang auf Konjunkturstützung oder gar Expansion. 1987 und 1988 ist mit einer Beibehaltung dieses Kurses zu rechnen, dürften doch im Export nach den USA Markanteilseinbussen oder teilweise sogar absolute Absatzrückgänge zu gewärtigen sein. Weitere Motive für eine expansive Geldpolitik liefern die schwache Nachfrage aus den Entwicklungsländern, aber auch der Wegfall des im vergangenen Jahr die Haushaltseinkommen, und damit auch den privaten Konsum, zusätzlich steigenden Rückgänge der Erdölpreise.

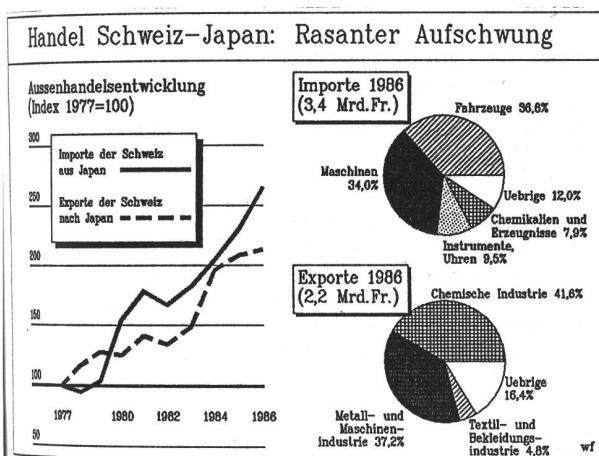
Keine Selbstdäuschung

In einer Phase starker Wechselkursverschiebungen insbesondere gegenüber dem US-Dollar verwundert es nicht, dass jene Zentralbanken, die sich der Aufwertung ihrer Währungen gegenübersehen, versucht sind, mittels Devisenmarktinterventionen die amerikanische Währung zu stützen, und zwar mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Wirtschaft zu erhalten. Die damit verbundene inflatorische Geldschöpfung birgt aber die Gefahr eines Teuerungsschubes im Inland in sich, der die mittels Kurzstützungsmassnahmen erreichte reale Verbesserung der Konkurrenzverhältnisse mit dem Ausland wieder zunichte macht. Außerdem sind die allenfalls nötig werdenden Inflationsbekämpfungsmassnahmen mit dem Risiko behaftet, die Wirtschaft in eine Stabilisierungskrise zu stürzen. Die Schweizerische Nationalbank hat deshalb für ihre auf Preisstabilität ausgerichtete Geldpolitik gute Gründe.

Langfristig erfolgversprechender als inflatorische Kurzstützungsmassnahmen wäre wohl eine Ursachentherapie der Probleme. Dazu gehört vor allem der Abbau der hohen Handelsbilanzdefizite jenseits und der entsprechenden Überschüsse diesseits des Atlantiks sowie in Japan. Dabei wird Amerika nicht darum herum kommen, zur Wiederherstellung des aussenwirtschaftlichen Gleichgewichts das Haushaltsdefizit zu reduzieren und mehr für die Erzeugung attraktiver und qualitativ hochstehender Produkte zu investieren. Schliesslich wäre von allen Handelspartnern so weit als möglich ein Verzicht auf protektionistische Abschottungsmassnahmen zu wünschen.

Die Beseitigung der strukturellen Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft würde auch an der Währungsfront zu einer wesentlichen Beruhigung beitragen und damit der Versuchung zu inflatorischen Kursstützungen weitgehend die Grundlage entziehen.

Japan: Sechstgrösster Handelspartner



Mit einem Handelsvolumen von insgesamt 5,6 Mrd. Franken (Importe und Exporte) belegte Japan 1986 den Platz sechs auf der Liste der Handelspartner der Schweiz. Vor Japan rangierten die USA (Handelsvolumen 10,3 Mrd. Fr.) an fünfter, Grossbritannien (10,6) an vierter, Italien (12,7) an dritter, Frankreich (14,5) an zweiter sowie die Bundesrepublik Deutschland (38,4) an erster Stelle. Seit 1977 hat sich der Umfang des Schweizer Warenverkehrs mit Japan im Vergleich zum Gesamthandelsvolumen unseres Landes überdurchschnittlich stark erhöht; das Exportvolumen nahm während diesem Zeitraum um 113%, das Importvolumen sogar um 165% zu. Probleme im Handel mit Japan gibt es, abgesehen von den Schwierigkeiten im Bankwesen, im Bereich der tarifären, steuerlichen und administrativen Hindernisse, die zum Teil den Zugang schweizerischer Produkte zum japanischen Markt noch erschweren.

Markanter Beschäftigtenanstieg in der Maschinenindustrie 1986

Die schweizerische Maschinen- und Metallindustrie erhöhte ihre Beschäftigtenzahl vom September 1985 bis September 1986 um 3,9% von 318 700 auf 331 100 Mitarbeiter. Betrachtet man den Maschinen-, Apparate- und

Fahrzeugbau allein, betrug der Personalzuwachs gar 5,1% (Metallindustrie + 0,8%). Dies geht aus der kürzlich publizierten Industriestatistik 1986 hervor. Die grösste Schweizer Exportindustrie war damit eine eigentliche Beschäftigungslokomotive, denn im Durchschnitt aller Industriebranchen kam der Beschäftigtenzuwachs auf 2,1% zu stehen. Innerhalb der separat erfassten Sparten legten der Bereich Feinmechanik und Optik um 9,4% und der Fahrzeugbau um 8,3% zu, gefolgt von der Werkzeugmaschinenindustrie (+ 5,1%), dem Sektor Elektronik/Elektrotechnik (+ 4,4%) und der Textilmaschinenindustrie (+ 3,2%). Allerdings muss beachtet werden, dass diese Zahlen nur die Vergangenheit zeigen. Aufgrund der seit einiger Zeit verschlechterten Rahmenbedingungen – Stichworte Dollarschwäche und Protektionismus – ist nicht mit einer derart positiven Weiterentwicklung der Beschäftigtenzahl zu rechnen.

Frauen stellen ihren Mann

Das Engagement der Frauen im Berufsleben nimmt stetig zu. Während 1986 bei den Lehrlingen gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um 1,7% zu registrieren war, erhöhte sich die Zahl der Lehrtochter weiter um 1,8%. Damit stieg ihr Anteil am Total der in Kraft stehenden Lehrverträge (1986: 186 211) von 34,8% auf 35,6%. Da



nun die geburtenschwachen Jahrgänge die obligatorischen Schulen verlassen, mehren sich die Anzeichen für einen Mangel an beruflichem Nachwuchs. So verwundert es nicht, dass auch in früher traditionellen Männerberufen das «schwache Geschlecht» vermehrt vertreten ist. Im Beruf «Hochbauzeichner» beispielsweise entfielen 1986 30,5% der neuabgeschlossenen Lehrverträge auf Lehrtochter, und vor Jahresfrist erhielt gar die erste Schweizerin ihr Brevet als Linienpilotin.

Textil- und Bekleidungshandel mit den europäischen Staatshandelsländern

Das Ungleichgewicht wird stärker

Die Aussenhandelszahlen für Textil und Bekleidung mit den europäischen Staatshandelsländern (DDR, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, UdSSR) zeigen 1986 eine Verstärkung des seit einigen Jahren zu beobachtenden Trends der zunehmenden Verschiebung der Gewichte zugunsten der Schweiz.

Die Bilanz des reinen Warenaustausches (ohne Veredlungs- bzw. Umarbeitungsverkehr) zeigte 1980, 1981 und 1983 noch leichte Ausfuhrüberschüsse, 1985 ergaben sich schon deutliche und 1986 noch stärkere Einfuhrüberschüsse der Schweiz.

Ein- und Ausfuhren in Mio. Franken					
Jahr	ohne Umarbeitungsverkehr		inkl. Umarbeitungsverkehr		
	Einfuhren	Ausfuhren	Einfuhren	Ausfuhren	
1980	51,6	52,9	.60,1	59,5	
1981	47,5	49,1	60,2	58,2	
1982	41,1	45,7	53,1	53,2	
1983	47,6	45,4	64,4	57,5	
1984	51,0	52,5	73,4	67,4	
1985	60,7	52,2	85,8	69,5	
1986	55,1	43,1	81,9	61,8	

Unter Einbezug des Umarbeitungsverkehrs kommt diese Gewichtsverschiebung noch deutlicher zum Ausdruck, wobei es augenfällig ist, dass der Umarbeitungsverkehr in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen hat. 1980 entfielen nur 14% aller Einfuhren auf Waren des Umarbeitungsverkehrs, 1986 bereits 33%.

Nach Ländern differenziertes Bild

Die Analyse der Ergebnisse mit den einzelnen Ländern zeigt ein heterogenes Bild.

Auf der einen Seite finden wir Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei mit z. T. ganz erheblichen Lieferüberschüssen, während wir im Handel mit der DDR und Bulgarien eine positive Bilanz aufweisen können.

Die Sowjetunion ist ein Sonderfall. Unsere Lieferungen sind zwar deutlich niedriger als unsere Bezüge, diese konzentrieren sich aber traditionell auf Spinnstoffe (Baumwolle) und Bodenbeläge (Orientteppiche).

Die Bilanz mit Rumänien zeigt zwar auch rote Zahlen, unsere Importe aus diesem Land sind aber mit 2,4 Mio. Franken insgesamt recht bescheiden.

Ein- und Ausfuhren nach Ländern 1986, Mio. Franken					
Land	ohne Umarbeitungsverkehr		mit Umarbeitungsverkehr		
	Einfuhren	Ausfuhren	Einfuhren	Ausfuhren	
DDR	2,6	5,6	2,6	5,6	
Polen	14,5	9,8	22,9	16,4	
Tschechoslow.	9,4	5,8	9,4	5,8	
Ungarn	15,7	13,5	34,1	25,6	
Rumänien	2,4	0,2	2,4	0,2	
Bulgarien	0,3	4,0	0,3	4,0	
UdSSR	10,2	4,2	10,2	4,2	
insgesamt	55,1	43,1	81,9	61,8	

Auf Ungarn und Polen entfallen rund 55% der Einfuhren und 54% der Ausfuhren mit den europäischen Staatshandelsländern (ohne Umarbeitungsverkehr). Bei den Zahlen inkl. Umarbeitungsverkehr ist der Anteil dieser beiden Länder zusammen sogar 70% bzw. 68%, weil sich der schweizerische Umarbeitungsverkehr mit europäischen Staatshandelsländern zur Hauptsache auf Ungarn und zu einem kleinen Teil auf Polen konzentriert.

Die Bedeutung der europäischen Staatshandelsländer im gesamten schweizerischen Textil- und Bekleidungsaussenhandel ist mit 0,75% bei den Einfuhr- und 0,9% bei den Ausfuhren bescheiden. Nicht zu übersehen ist jedoch, dass die Preisgestaltung der aus den Staatshandelsländern eingeführten Waren Kalkulationsmechanismen unterliegt, die der Marktwirtschaft fremd sind. Sektoriell können daher Importe aus den Staatshandelsländern durchaus marktwirksam werden.

Interessant ist auch ein Vergleich des Anteils des Textil- und Bekleidungshandels am gesamten Warenhandel mit diesen Ländern.

Anteil der Textilien und Bekleidung (ohne Umarbeitungsverkehr) am Gesamthandel in % 1986		
Land	Einfuhr	Ausfuhr
Welt-Total	10,0%	6,9%
DDR	2,0%	2,3%
Polen	14,2%	3,7%
Tschechoslowakei	5,8%	1,8%
Ungarn	5,7%	4,2%
Rumänien	6,3%	0,5%
Bulgarien	1,4%	1,4%
UdSSR	1,4%	0,8%

Mit Ausnahme der Einfuhren aus Polen liegen die Anteile für Textil und Bekleidung überall unter dem Durchschnitt unseres gesamten Welthandels. Nachdem namentlich auf der Einfuhrseite noch vor wenigen Jahren teilweise deutlich höhere Anteile der Gesamtlieferungen auf Textilien und Bekleidung entfallen waren, stellt sich die Frage, ob diese Zahlen eine Änderung der Warenstruktur ankündigen oder ob lediglich die Lieferungen vermehrt über Drittländer in die Schweiz gelangen und dann nicht mehr als Importe aus z. B. Ungarn oder Polen, sondern solche z. B. aus der BRD ausgewiesen werden.

Ausfuhr: Garne, Gewebe/Einfuhr: Konfektion

Nach Warengruppen aufgeteilt zeigen die Zahlen auf der Ausfuhrseite ein Übergewicht von Garnen und Geweben, auf der Einfuhrseite ein solches von konfektionierten Artikeln.

Aussenhandel mit europäischen Staatshandelsländern nach Warengruppen in Mio. Franken 1986			
	Einfuhr	Ausfuhr	
	%	%	
Spinnstoffe	5,3	6,5	3,2 5,2
Garne	0,3	0,4	16,4 26,5
Gewebe, Gewirke am Meter	4,9	6,0	11,0 17,8
Stickereien	—	—	0,3 0,5
Bodenbeläge	9,3	11,4	— —
Technische Artikel	2,7	3,3	7,6 12,3
Bekleidung	27,5	33,5	4,1 6,6
Andere Konfektion (Taschentücher etc.)	5,0	6,1	0,5 0,8
Umarbeitungsverkehr (zu Bekleidung)	26,5	32,8	18,7 30,3
Total	81,9 = 100,0	100,0	61,8 = 100,0

(Die Ausfuhren im Umarbeitungsverkehr sind unechte Exporte, da die Ware nach Verarbeitung wieder eingeführt wird; an sich sollte nur das Netto-Ergebnis des Umarbeitungsverkehrs auf der Einfuhrliste aufgeführt werden, was jedoch aus Gründen der Periodenverschiebung problematisch ist.)

Junktim mit schwerer Schlagseite

Mit Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn haben wir spezielle Junktim-Vereinbarungen, wonach die Preisabschneidung gegenüber diesen Ländern so lange ausgesetzt wird, bis diese Länder in einem festgelegten Ver-

hältnis Gewebe oder Textilien höherer Bearbeitungsstufen schweizerischen Ursprungs beziehen.

Die Junktim-Rechnung, die immer wieder Anlass zu Diskussionen gegeben hat, bekam in den letzten zwei Jahren, namentlich 1986, schwere Schlagseite. Die offenen Bezugsverpflichtungen der drei genannten Länder erreichten Ende März 1987 52,7 Mio. Franken und waren um 47% höher als Anfang 1986.

Das wirkliche Ausmass dieses Schuldenberges wird aber erst im Vergleich mit den Ausfuhrzahlen deutlich.

Für Ungarn beträgt der offene Junktim-Saldo 13,5 Mio. Franken, was ziemlich genau unserem gesamten Export von Textil und Bekleidung nach Ungarn in einem ganzen Jahr entspricht.

Im Falle der Tschechoslowakei beläuft sich die offene Junktim-Verpflichtung auf 5,8 Mio. Franken, was ebenfalls praktisch gleich hoch ist, wie ein Jahresexport von Textil und Bekleidung nach der Tschechoslowakei.

Mit 32,2 Mio. Franken ist Polen besonders krass im Rückstand, der mehr als drei Jahresexporte von Textil und Bekleidung nach diesem Land beträgt.

Es versteht sich von selbst, dass es bei diesen krassem Verhältnissen immer schwieriger wird, die offenen Bezugsverpflichtungen zu kürzen oder gar gänzlich abzubauen.

Indifferente Einkaufspolitik der Junktim-Länder

Bei wäre die Junktim-Rechnung mit allen drei Ländern weitaus weniger dramatisch, wenn die Beschaffungspolitik der Einkäufer der staatlichen Organisationen nicht derart krass indifferent gegenüber der Junktim-Vereinbarung wäre. Seit Jahren ist nämlich zu beobachten, dass unsere Aussenhandelsstatistik zwar z.T. erhebliche Ausfuhren von Geweben und Textilien höherer Bearbeitungsstufen ausweist, aber nur ein Bruchteil davon Eingang in die Junktim-Buchhaltung findet (1986 Ungarn 1/5, Polen 1/10, Tschechoslowakei 1/3), nämlich nur Waren schweizerischen Ursprungs. Der überwiegende Teil der Einkäufe entfällt folglich auf drittländische Transitware, woraus die schweizerische Textil- bzw. Bekleidungsindustrie natürlich überhaupt keinen Nutzen zieht. Wiederholte Mahnungen an die Adresse dieser Länder, ihre Einkäufer zu «junktim»-bewusster Beschaffung anzuhalten, sind offensichtlich ohne jegliche Wirkung geblieben. Die Junktim-Rechnungen erfüllen somit ihre Funktion als Absatzförderungs-Instrument für schweizerische Textil- und Bekleidungswaren überhaupt nicht mehr.

Rückkehr zur Preisbescheinigung?

Die schweizerischen Appelle an die Adresse der Junktim-Länder, die offenen Verpflichtungen zumindest abzubauen, werden anscheinend nicht ernst genommen. Gelegentlich eintreffende Einkaufsdelegationen plazieren einige Orders, die jedoch nicht einmal die zur gleichen Zeit erfolgten Lieferungen zu kompensieren vermögen. Soll der Schuldenberg nicht noch weiter anwachsen und völlig unkontrollierbare Ausmasse annehmen, dann ist die sofortige Rückkehr zur Preisbescheinigung die logische Schlussfolgerung. Diese Massnahme wurde gegenüber Rumänien bereits 1983 ergriffen, da auch in diesem Falle alle Demarchen erfolglos geblieben sind. Nachdem aber die Netto-Einfuhren aus den sogenannten Junktim-Ländern zu 84% auf Bekleidungsartikel entfallen (selbst ohne Umarbeitungsverkehr 63%), müsste ein entsprechender Vorstoss primär von der Bekleidungsindustrie kommen.

Auf jeden Fall ist der gegenwärtige Zustand höchst unbefriedigend, wobei einmal mehr festzuhalten ist, dass das Aussenhandelsmonopol des Staates eines der massivsten nichttarifarischen Handelshemmnisse ist.

Dr. T. S. Pataky

Der rechte Mann an den rechten Platz

Es mag Erstaunen erwecken, dass bei den Erörterungen über die Lebensqualität, die mit Hilfe von Sozialindikatoren erfasst werden soll, praktisch nie davon die Rede ist, den einzelnen Arbeitnehmer so in das Beschäftigungssystem zu integrieren, dass er zufrieden ist und die Wirtschaft etwas davon hat. Gewiss: Diskutiert wird die Freiheit der Wahl von Beruf und Studienrichtung, und es wird hervorgehoben, dass dort die Lebensqualität massgeblich zu wünschen übrig lasse, wo diese Freiheiten nicht gewährleistet seien. Ähnliches gilt für die Niederlassungsfreiheit oder die Freiheit zur Auswanderung, die beide in Systemen mit Zentralverwaltungswirtschaft beschränkt zu sein pflegen.

Ebenso wichtig scheint jedoch die Antwort auf die Frage, ob die Heranwachsenden den für sie geeigneten Beruf wählen – also jenen, bei dem sowohl ihre Neigungen als auch Eignungen am ehesten zur Geltung kommen. Gelingt dies, so stimmen im Idealfall Beruf und Berufung überein. Der Betreffende empfindet bei seiner Tätigkeit Werkbefriedigung, er hat ein «psychisches Einkommen», das seine Lebensqualität unabhängig von allen übrigen Bedingungen ansehnlich macht und auch positiv zurückwirkt auf seine Zufriedenheit im Familienleben. Umgekehrt: Einer, der den falschen Beruf gewählt hat, wird enttäuscht sein. Seine Leistungen sind verständlicherweise mangelhaft. Dies wiederum reduziert seine Lohnhöhe und hat Konsequenzen für seine ausserberufliche Lage.

Übereinstimmung der Interessen

Daraus wird ersichtlich, dass es für den Einzelnen von zentraler Bedeutung ist, ob er den Sprung an die richtige Stelle im Beschäftigungssystem schafft. Denn davon hängt sein ganzes Fortkommen und der Grad seiner Zufriedenheit ab. Die Frage ist vielleicht ebenso wichtig wie jene, ob er jene Lebenspartnerin findet, die am ehesten zu ihm passt. Man weiss zur Genüge, wie sehr das Familienglück dadurch bestimmt wird, ob Harmonie oder Disharmonie zwischen den Elternteilen besteht. Selbst bei identischem Einkommen ist die Lebensqualität der Beteiligten völlig ungleich, und es steht sogar außer Zweifel, dass dieser Faktor wesentlicher ist als das, was man sich an Gütern leisten kann.

Interessanterweise haben nun aber auch die Wirtschaft und Gesellschaft und im besonderen der Arbeitgeber ein eminentes Interesse daran, die «richtigen» Mitarbeiter zu bekommen. Auf der Stufe der Hilfsarbeiter fallen die

Unterschiede noch nicht sehr ins Gewicht. Sie treten indessen umso mehr in den Vordergrund, je grösser Verantwortung und Kompetenzen werden. Ob eine Firma also den bestgeeigneten Direktor oder Generaldirektor anstellt, kann für ihr Schicksal ausschlaggebend sein. Nicht umsonst wird etwa bei der Börsenbewertung der Qualität des Managements ein ganz erheblicher Stellenwert beigemessen. Allerdings handelt es sich hier nicht mehr um die Berufswahl. Wohl aber dreht es sich noch stets um die Frage, ob der richtige Mann an den richtigen Platz gerät oder nicht. Und es zeigt sich nun, dass auch die Wirtschaft und die Gesellschaft Wert darauf legen, diesen Zustand herbeizuführen, hängt doch die ganze Funktionsfähigkeit, die Produktivität und der Ertrag von der zureichenden Lösung der Aufgabe ab.

Mangelnde Transparenz als Hindernis

Wer je höhere Posten zu besetzen hatte, ist sich im klaren darüber, dass es grösste Schwierigkeiten bereitet, den besten Mann zu finden. Zwar gäbe es ihn vielleicht durchaus – aber er ist wahrscheinlich bereits anderswo engagiert und hat nicht die Absicht, seine Stellung zu wechseln. Ausserdem: Wir kennen die Eigenarten, Fähigkeiten und Schattenseiten der in Betracht fallenden Kandidaten in der Regel viel zu wenig. Selbst graphologische Gutachten helfen nicht viel weiter – ganz abgesehen davon, dass sie nicht stets restlos zuverlässig sind. Zeugnisse früherer Arbeitgeber werden natürlich verlangt. Aber man weiss ja, dass es sich zumeist um Gefälligkeitsdokumente handelt, die dem Betreffenden für seine weitere Laufbahn nicht hinderlich sein sollen. Ob einer vorher Erfolge erzielt hat oder nicht, war vielleicht nicht sein persönliches Verdienst, sondern der Gunst- oder Ungunst – der Umstände zuzuschreiben. Schliesslich war er möglicherweise in einer anderen Branche oder auf einer niedrigeren Stufe tätig als jener, für die er vorgesehen ist.

Aber auch für denjenigen, der seinen Beruf neu wählt, ist die Überblickbarkeit der Verhältnisse äusserst gering. Vielleicht hat er zwar eine Schnupperlehre gemacht oder ein Praktikum. Wenn man sich indessen vergegenwärtigt, dass eine moderne Wirtschaft über 30000 verschiedene Berufe zählt, erscheint es von allem Anfang an gänzlich ausgeschlossen, genau die richtige Nische zu finden. Hinzu kommt, dass die Neigungen vielleicht auf einer momentanen Stimmung beruhen. Das Beispiel des Theologen, der seinen geistlichen Beruf wählte, weil er in der Mittelschule eine «religiöse Phase» erlebte, ist nicht ganz abwegig: Mit 40 oder 50 Jahren ist es unter Umständen mit seinem Gottesglauben aus. Auf was kann er aber dann hinüberwechseln? Herbräisch, Griechisch und Latein werden kaum irgendwo sonst benötigt. Administrative, buchhalterische oder sonstige «verwertbare» Kenntnisse hat er nicht.

Bestandesaufnahme als Ausgangspunkt

Wenn das Problem der Berufswahl in Angriff genommen werden soll, wird man kaum darum herumkommen, zunächst einmal die von Hause aus mitgebrachte Begabung so gut als möglich zu ermitteln. Dafür stehen heutzutage psychotechnische Eignungsprüfungen zur Verfügung, deren Resultate sich sehen lassen. Bedenken erweckt indessen der Umstand, dass es eben nicht nur auf Fähigkeiten, sondern in hohem Masse auch auf Charaktereigenschaften ankommt, die schwerer festzustellen sind. Insbesondere muss in Betracht gezogen werden,

dass sich der Mensch im Laufe seines Lebens ändert, dass man aber nicht mit hinreichender Genauigkeit sagen kann, in welcher Richtung dies der Fall sein wird. Nichtsdestoweniger: Offenkundige Fehlentscheidungen mindestens vermieden werden.

Dazu bedarf es indessen der Gegenüberstellung des Eignungsprofils mit den Anforderungsprofilen der verschiedenen Berufe. Ausserdem sollte man auch noch einigermassen Bescheid wissen über die Zukunftsaussichten der einzelnen Beschäftigungen. Jeder Berufsberater wäre aber überfordert, wenn er sagen müsste, wie die Beschäftigungslage, nach Berufen gegliedert, in 40 Jahren aussehen wird. Weiterbildung und Umstellungsberichtschaft bleiben daher unerlässlich. Ebenso muss damit gerechnet werden, dass Freisetzungen aus den verschiedensten Gründen vorkommen werden.

Die Wiedereingliederung der Arbeitslosen

An dieser Stelle taucht die heikle Aufgabe auf, denjenigen, die auf die Strasse geworfen wurden, wieder einen Platz im Beschäftigungssystem zuzuweisen. Gewöhnlich gibt es ja durchaus auch offene Stellen. Erneut bereitet jedoch die mangelhafte Transparenz Schwierigkeiten. So weiss der Arbeitslose normalerweise nicht, dass irgendwo ein Posten zu besetzen ist, der zwar nicht genau seinen Qualifikationen entspricht, für den er aber auch nicht schlecht geeignet wäre. Auch die Arbeitsämter sind zumeist nur ungenügend orientiert. So ist zum Beispiel hinlänglich bekannt, dass das schweizerische Gastgewerbe weit mehr Arbeitskräfte aufnehmen könnte, als insgesamt Arbeitslose angemeldet sind. Weil aber doch keine Aussicht besteht, die erforderlichen Leute zu bekommen, nimmt man sich gar nicht mehr die Mühe, die offenen Stellen bekanntzugeben.

Haben wir es mit struktureller Arbeitslosigkeit zu tun – wie das heute überwiegend zutrifft –, so ist klar, dass der Freigesetzte – zum Beispiel ein Uhrenarbeiter – keine Chance hat, sein erworbenes Wissen und Können voll wieder zu verwerten. In dieser Lage könnte man sich vorstellen, dass ein Computer eine gewisse Hilfe zu bieten vermöchte. In ihm müssten alle offenen Stellen mit ihren spezifischen Anforderungsprofilen, mit Tätigkeitsort und Lohnhöhe gespeichert werden. Auf der andern Seite hätte er die Stellensuchenden mit einer möglichst grossen Zahl ihrer Merkmale zu erfassen. Seine Aufgabe bestünde alsdann darin, bestmögliche Kombinationen herauszufinden, dem Arbeitslosen also anzugeben, welche «benachbarten» Beschäftigungen und an welchem Orte sie zu Gebote stehen. Den Arbeitgebern könnten jene Leute genannt werden, die für sie noch am ehesten in Frage kämen. Das Arbeitsamt schliesslich hätte zu entscheiden, welche Umstellung und Ortsveränderung als zumutbar zu gelten hätte und welche nicht mehr.

Ausdehnung des Anwendungsbereiches?

Wir sind ausgegangen vom Wunsch, ganz allgemein den rechten Mann an den rechten Platz in Wirtschaft und Gesellschaft zu bringen. Das kann auch bedeuten, dass Leute, die durchaus eine feste Stelle haben, sich nach etwas umsehen, das ihnen besser zusagen würde. Statt sich mit einem «Head Hunter» in Verbindung zu setzen, der nur über einen beschränkten Überblick verfügt, könnten sie sich beim Computer eintragen lassen – natürlich ohne Namensnennung. Umgekehrt hätten auch die Arbeitgeber die Möglichkeit, Posten mit ihren Anfor-

derungsprofilen dieser Datenverarbeitung mitzuteilen. Problematisch an der ganzen Sache bleiben aber natürlich Charaktereigenschaften wie Durchsetzungsvermögen, schöpferische Phantasie, Führungsfähigkeiten, Verträglichkeit, Ausgeglichenheit, Belastbarkeit und dergleichen. Denn darauf versteht sich der Computer zu wenig.

Auf jeden Fall aber dürfte es nicht so sein wie bei den Wahlen in den schweizerischen Bundesrat. Bekanntlich muss hier eine grosse Zahl von Bedingungen gegeben sein: Alter, Parteibuch, Bürgerrecht und Kantonszugehörigkeit, parlamentarische Vorgeschichte. Überdies haben einzelne grosse Kantone ein Gewohnheitsrecht darauf, vertreten zu sein, und es sollten die Sprachgruppen angemessen berücksichtigt werden. Angesichts aller Bestandteile des Anforderungsprofils spielt die Tüchtigkeit und das persönliche Niveau offenbar nur eine untergeordnete Rolle. Oder haben wir einen derartigen «embarras de richesse» unter den Kandidaten, dass diese Voraussetzung selbstverständlich von allen erfüllt wird? Jedenfalls: Dass auch in der Politik der rechte Mann auf den rechten Platz gelangt, dass wir also ein System der Meritokratie haben, scheint weit weniger gewährleistet als in der Wirtschaft, obwohl es doch auch hier nicht leicht herzustellen ist.

Aus dem Wochenbericht der Bank Julius Bär

zungen, namentlich zwischen den USA und Japan. Die daraus resultierende Verunsicherung hat in Japan und Westeuropa – besonders ausgeprägt in der BRD – das Investitionsklima und damit die gesamtwirtschaftlichen Perspektiven beeinträchtigt. – Die weltwirtschaftlichen Aussichten sind entsprechend risikobehaftet. Die Fortsetzung eines auch nur mässigen weltwirtschaftlichen Wachstums scheint nur im Falle einer baldigen Stabilisierung der Wechselkurse gewährleistet. Ein weiterer Zerfall des Dollarkurses würde demgegenüber das erhebliche Risiko einer Rezession in den USA selber mit sich bringen. Die Folge wären negative Rückwirkungen auf die übrigen Industriestaaten, eine erneute Verschärfung der Dritt Welt-Schuldenprobleme, eine weitere Zunahme der handelspolitischen Spannungen und damit letztlich die Gefahr eines sich kumulativ verstarkenden weltwirtschaftlichen Kontraktionsprozesses.

Entsprechend standen die Devisenmärkte im April im Zeichen einer weiteren Abschwächung des Dollars, der gegenüber verschiedenen Währungen einen neuen Tiefstand erreichte. Im Zuge dieser Dollarschwäche hat sich erstmals auch der Franken gegenüber der DM und den wichtigsten europäischen Währungen wieder um rund 2,5 Prozent gefestigt. Im Laufe des Monats Mai vermochte sich der Dollar aufzufangen, und dies auf einem Niveau von über 1,45 im Verhältnis zum Franken. Real ist der Dollar damit immer noch deutlich stärker als im Herbst 1978. Die Gefahr einer erneuten isolierten Höherbewertung des Frankens scheint einstweilen gebannt, indem sich die DM-/Frankenrelation auf einem Niveau von rund 82 stabilisierte. Dennoch erreichte die reale exportgewichtete Höherbewertung des Frankens im Mai – im Vergleich zum Jahresmittel 1985 – rund 13 Prozent. Die umfangreichen Devisenmarktinterventionen der wichtigsten Notenbanken in der Periode April/Mai lassen erkennen, dass die wirtschafts- und währungspolitischen Verantwortungsträger der grossen Länder gewillt sind, die verfügbaren Möglichkeiten zur Stabilisierung der Devisenmärkte auszuschöpfen. Die Beteiligung der USA mit einem Betrag von rund 4 Mrd. Dollar – dem höchsten überhaupt seit 1973 – ist ein Indiz, dass auch dieser wichtigste Partner im wohlverstandenen Eigeninteresse von seiner bisherigen Haltung des «benign neglect» gegenüber dem Schicksal des Dollars abrücken könnte. In dieser Lage war die den Umständen angepasste Beteiligung der Schweizerischen Nationalbank an den Interventionen der wichtigsten Zentralbanken nicht nur im Einklang mit dem Gebot der internationalen Solidarität; sie entsprach auch den wirtschaftlichen Eigeninteressen unseres Landes. die Notenbank dürfte jedoch gut beraten sein, auch in den schwierigen Phasen, die uns möglicherweise noch bevorstehen, die aufschlussreichen Erfahrungen der Zeitspanne von 1978-81 wohl im Auge zu behalten.

Vor diesem Hintergrund flacht auch in der Schweiz die konjunkturelle Expansion zusehends ab. Impulse gehen vor allem noch vom Dienstleistungssektor und von der Bauwirtschaft aus. In der Industrie zeigen sich unter dem Eindruck des schwierigen internationalen Umfeldes und der Dollarkursentwicklung jedoch deutlichere Abschwächungstendenzen. So hielt sich nach weitgehender Stagnation im 4. Quartal letzten Jahres der Bestellungseingang in der Industrie insgesamt in den ersten fünf Monaten nur noch knapp auf dem Vorjahresstand. die immer noch zunehmenden Inlandbestellungen vermögen den Rückgang der Exportaufträge kaum mehr voll auszugleichen. Bei gegenüber dem Vorjahr immer noch höherer Produktion (+ 3% im 1. Quartal 87) und anhaltend hoher Kapazitätsauslastung beginnen die Auftragsvorräte zu schrumpfen.

Wirtschaftspolitik

Aussenwirtschaftspolitische Schlaglichter

Vortrag von Staatsekretär Franz Blankart, Direktor des Bundesamtes für Aussenwirtschaft, gehalten vor dem Schweiz. Institut für Auslandforschung Universität Zürich, 16. Juni 1987

1. Ein erstes Schlaglicht auf die Wirtschaftslage

In jüngster Zeit haben sich das internationale Konjunkturklima und die Wachstumsaussichten in den Industriestaaten verschlechtert: Statt der erwarteten Wachstumsbeschleunigung dürfte das Realwachstum der OECD-Volkswirtschaften für 1987 bestenfalls noch 2,5 Prozent erreichen. Die Wachstumserwartungen für die deutsche Wirtschaft, unseres wichtigsten Absatzmarktes, sind gar auf 1,5 Prozent halbiert worden. Die Hauptursachen liegen im anhaltenden Zerfall des Dollarkurses und in den rekordhohen weltwirtschaftlichen Ungleichgewichten. Gewiss war eine Korrektur des überhöhten Dollarkurses unvermeidlich. Problematisch sind jedoch die Umstände der Kursveränderungen, die Unsicherheit in den Devisenmärkten, die Furcht vor einem weiteren Kurszurückfall und die handelspolitischen Auseinanderset-